

Überraschender Machtwechsel in Kaschmir - Chance für einen Neubeginn?

Thomas Bärthlein

Eine handfeste Überraschung stand am Ende der mehrwöchigen Regionalwahlen im indischen Unionsstaat *Jammu and Kashmir* im Herbst: Die erste gewählte Landesregierung seit 27 Jahren, die nicht von der *National Conference* (NC) geführt wird.

Der neue *Chief Minister*, Mufti Mohammad Sayeed (66), ist einer der ältesten Gegenspieler der Abdullah-Familie, die Kaschmir mit ihrer Partei *National Conference* schon in der dritten Generation beherrschen wollte: Bei dieser Wahl war Omar Abdullah der Spitzenkandidat der NC, der Sohn des amtierenden Ministerpräsidenten Farooq Abdullah. Dessen Vater Sheikh Abdullah war schon zu Kolonialzeiten wichtigster Politiker Kashmirs gewesen. Alle Analysen besagen, daß die Wahl in erster Linie eine Abrechnung der Bevölkerung mit den Abdullahs und ihrer Partei war: Omar Abdullah verlor sogar seinen Wahlkreis Ganderbal an die neue Regionalpartei *People's Democratic Party* (PDP) von Mufti Mohammad Sayeed. Die großen Erwartungen der Bevölkerung, die sich mit Farooq Abdullahs Wahlsieg 1996 verbunden hatten, waren enttäuscht worden.

Wahlboykott der Separatisten

Anhaltende Gewalt durch militante Separatisten und die Armee sowie Korruption der öffentlichen Verwaltung haben viele Kashmiris mittlerweile ganz an der Demokratie verzweifeln lassen. Das kann man an der geringen Wahlbeteiligung (44 Prozent nach 54 Prozent 1996) ablesen. Allerdings spielte dabei auch der bisweilen von Gewaltandrohungen begleitete

Boykott durch die separatistische *Hurriyat Conference* eine Rolle; auffällig ist etwa, daß

bleibt die NC allerdings stärkste Partei; um sie abzulösen, war daher eine Koali-



Congress-Aktivisten in Srinagar (Foto: Nissar Ahmed)

in einigen Wahlbezirken weniger als fünf Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Trotz ihres Einbruchs

tion nötig. Zweitstärkste Partei wurde der *Congress*, der daraufhin Anspruch auf eine Regierungsbildung unter Ghulam Nabi

Azad anmeldete. Allerdings ist der *Congress* vor allem in Jammu stark, der südlichen, kleineren und mehrheitlich hinduistischen Region. Für einen glaubwürdigen Neuanfang mußte ein Ministerpräsident aus dem Kashmirtal stehen - das sah nach einigem Hin und Her auch *Congress*-Präsidentin Sonia Gandhi ein. Ihre Partei und die PDP einigten sich schließlich auf eine salomonische Lösung: Die ersten drei Jahre der Legislaturperiode wird Mufti Mohammad Sayeed von der PDP die Regierung führen, dann ist in der zweiten Hälfte der *Congress* dran. An der Koalition beteiligt sind außerdem die kleineren Partner *People's Democratic Forum* und *Panthers Party*.

Kriegsmüde Kashmiris wählen Friedenshoffnung

Wie glaubwürdig verkörpert Mufti Mohammad Sayeed nun einen Neuanfang? Das ist noch schwer zu sagen. In der Vergangenheit hat er sich als ein mindestens ebenso wendiger Politiker erwiesen wie seine Erzfeinde, die Abdullahs - die ja auch einerseits Autonomierechte für *Jammu and Kashmir* forderten, während sie andererseits in Delhi mit der bekanntermaßen autonomiefeindlichen BJP gemeinsame Sache machten. Mufti Mohammad Sayeed seinerseits war jahrzehntelang Mitglied der *Congress*-Partei, auch wenn er sich zwischendurch mehrfach mit ihr zerstritt.

Zuletzt verließ er den *Congress* Ende der Neunzigerjahre, um die Regionalpartei PDP zu gründen. Auch in seiner Einstellung zu den Separatisten und Militanten hat er mehrfach seine Haltung geändert, wie eben auch Farooq Abdullah. Entscheidend für diesen Wahlausgang dürfte jedoch gewesen sein, daß die PDP, auch die mindestens genauso populäre Tochter Sayeeds, Mehbooba Mufti, diesmal eindeutig die Friedenskarte spielte. Das spiegelt sich auch in den zentralen Punkten, dem sogenannten *Common Minimum Programme* der neuen Regierung wider: Dialog mit allen Gruppen, auch den Militanten; Auflösung der berüchtigten *Special Operations Group* der Polizei, die speziell für die Aufstandsbekämpfung eingerichtet worden war und der massive Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden; und Suspendierung der umstrittenen Anti-Terror-Gesetze (POTA) in J&K, die präventive Inhaftierungen möglich machen. Nach mehr als sieben Monaten Haft wurde zum Beispiel der Chef der Befreiungsfront von J&K (Jammu and Kashmir Liberation Front - JKLF), Yasin Malik, freigelassen. Auffällig ist hier: Das sind kurzfristige Maßnahmen, eine langfristige Strategie in der heiklen Autonomiefrage hat die Regierung bisher nicht vorgelegt.

Die radikalen Militanten (die inzwischen oft weniger mit den kashmirischen Separatisten zu tun haben, sondern Terroristen vom Schlage der *Al-Qaida* sind) stellen den Friedenswillen der neuen Regie-

rung schnell auf eine harte Probe: Kurz vor seiner Amtseinführung entging Mufti Mohammad Sayeed einem Attentat, und auch in den folgenden Wochen setzten sich die Anschläge fort. Ende November starben zum Beispiel 13 Menschen bei zwei Attacken auf Hindutempel in Jammu, was landesweit für große Empörung sorgte. Sayeed jedoch bekräftigte prompt seine Entschlossenheit, die eingeschlagene Friedenspolitik weiterzuführen.

Kalt erwischt hat das Wahlergebnis in jedem Fall die Separatisten der *Hurriyat Conference*: Denn ihr Wahlboykott basierte ja auf dem Argument, „Wahlen ändern sowieso nichts“. Auch wenn es in erster Linie ein negatives Votum gegen die Abdullah-Dynastie gewesen sein mag; die Menschen in J&K setzen nach 1996 wieder auf einen Neuanfang. Auch die Regierung in Delhi kann sich den Friedenshoffnungen der kriegsmüden Kashmiris nicht beliebig verschließen. Immerhin zieht die indische Armee inzwischen ihre Truppen von der Grenze zu Pakistan zurück, die dort zu Hunderttausenden seit Monaten in Alarmbereitschaft standen. Eine Entspannung im Kaschmirkonflikt ist nicht allein im Kashmirtal selbst zu erreichen, aber viele Kashmiris scheinen entschlossen zu sein, das ihre dazu beizutragen.

Gewonnene Sitze bei den Landtagswahlen in Jammu und Kaschmir 2002 (in Klammern Ergebnisse von 1996)

	J & K insgesamt	Kashmir	Jammu	Ladakh
National Conference	28 (57)	18 (40)	9 (14)	1 (3)
Congress	20 (9)	5 (2)	15 (6)	0 (1)
People's Democratic Party	16	16		
People's Democratic Forum (nach der Wahl gebildete Allianz, u. a. 2 Kommunisten)	7		7	
J&K Panthers Party	4	2	2	
Ladakh Union Territory Front (für Autonomie von Ladakh)	2			2
BJP	1 (8)		1 (8)	
Sonstige	9 (13)	5 (4)	3 (9)	1